

Vertrag zwischen der Stadt St.Gallen und den Politischen Gemeinden Eggersriet, Häggenschwil, Muolen und Wittenbach

betreffend die Zusammenarbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz (KES)

Übertragung der Aufgaben der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) an die Trägerschaftsgemeinde St.Gallen

1. Gesetzliche Grundlagen

Dieser Vertrag stützt sich auf Art. 136 des Gemeindegesetzes vom 21. April 2009¹ und Art. 2 lit. a des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht vom 21. Februar 2012².

2. Zusammenschluss und Übertragung

Die Politischen Gemeinden St.Gallen, Eggersriet, Häggenschwil, Muolen und Wittenbach (nachfolgend: beteiligte Gemeinden) schliessen sich für die gemäss Bundes- und kantonalem Recht zu erfüllenden Aufgaben im Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) zusammen und übertragen diese der Trägerschaftsgemeinde St.Gallen.

3. Sitz

Sitz der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist St.Gallen.

4. Personal

Zur KESB St.Gallen im Sinne dieses Vertrags gehören:

- a. mindestens fünf Behördemitglieder (KESB im engeren Sinn);
- b. die der KESB unterstellten Mitarbeitenden (KESB-Sekretariat³).

5. Aufgaben und Kompetenzen der Trägerschaftsgemeinde

- a. Der Stadtrat St.Gallen
 - wählt die KESB-Präsidentin bzw. den KESB-Präsidenten und die weiteren Mitglieder der KESB (Art. 4 lit. a) nach Anhörung der beteiligten Gemeinden;
 - bewilligt den Stellenplan für das gesamte Personal. Im Sinne eines Richtwertes sind für 100 Fälle 100 Stellenprozente bereitzustellen⁴.
- b. Die Anstellung der übrigen, der KESB unterstellten Mitarbeitenden (Art. 4 lit. b) erfolgt gemäss Personalreglement der Stadt St.Gallen vom 25. Oktober 1994 respektive ab 1. Januar 2013 gemäss Personalreglement vom 21. Februar 2012⁵ nach Anhörung der KESB.
- c. Die Leiterin bzw. der Leiter der Sozialen Dienste St.Gallen trifft sämtliche weiteren notwendigen organisatorischen und räumlichen Massnahmen für den ordnungsgemässen Betrieb der KESB St.Gallen per 1. Januar 2013 sowie für die Vorbereitung dieses Betriebs im Jahre 2012.

¹ sGS 151.2

² ABI 2012, 735

³ Juristische Sachbearbeitung, interner Abklärungsdienst (ohne Vorabklärungen durch die örtlichen Dienste), Revisionsstelle, Vermögensverwaltung, Registratur etc.

⁴ Vgl. Konzept KES der Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP), Schlussbericht 30. Juni 2011, S. 25.

⁵ sRS 191.1

6. Berichterstattung und Begleitkommission

- a. Die KESB St.Gallen erstattet den beteiligten Gemeinden jährlich einen Geschäftsbericht.
- b. Eine Kommission, bestehend aus einer Vertretung jeder beteiligten Gemeinde sowie aus der Leiterin bzw. dem Leiter der Sozialen Dienste St.Gallen und der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der KESB St.Gallen, begleitet die Arbeit der KESB und pflegt einen Austausch.

7. Dienstrecht

Für das Dienstverhältnis des Personals samt Lohnsystem gilt das Personalrecht der Stadtverwaltung St.Gallen⁶.

8. Finanzielles

- a) Für die KESB wird in der Buchhaltung der Stadt St.Gallen eine eigene Kostenstelle geführt, die jährlich auf den 31. Dezember abgerechnet wird. Voranschlag und Jahresrechnung werden den beteiligten Gemeinden jeweils bis 31. Oktober des Vorjahres bzw. 31. März des Folgejahres zugestellt. Die Geschäftsprüfung der KESB wird nach den kantonalen Bestimmungen durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der Stadt St.Gallen wahrgenommen.
- b) Notwendige Investitionen für die Infrastruktur (insbesondere die Informatiklösung) werden von der Sitzgemeinde vorfinanziert und über die Laufende Rechnung amortisiert.
- c) Soweit die Gebühren für die Deckung der Kosten nicht ausreichen, werden die Nettokosten wie folgt auf die beteiligten Gemeinden aufgeteilt:
 - 2012:
Kostendach von CHF 1,2 Mio., aufgeteilt im Verhältnis der Einwohnerinnen und Einwohner per 1. Januar 2012;
 - 2013 und 2014:
voraussichtlich ca. CHF 3 Mio., aufgeteilt im Verhältnis der Einwohnerinnen und Einwohner per 1. Januar 2012;
 - ab 2015:
Im Jahr 2014 erfolgt eine Evaluation der ersten beiden Jahre, und es wird überprüft, ob der bestehende Kostenteiler weitergeführt oder verändert wird.
- d) Die Stadt St. Gallen stellt den beteiligten Gemeinden jährlich Rechnung für das laufende Jahr gemäss Budget. Kostenüberschreitungen oder -unterschreitungen werden im Folgejahr nach Abnahme der Jahresrechnung verrechnet.

9. Kündigung

Jede beteiligte Gemeinde kann diesen Vertrag, unter Beachtung einer Kündigungsfrist von einem Jahr, auf Ende jedes Jahres, erstmals auf den 31. Dezember 2016, kündigen. Sie kann keinerlei Ansprüche gegenüber den übrigen beteiligten Gemeinden geltend machen. Für letztere bleiben die Bestimmungen dieses Vertrags weiterhin gültig.

10. Änderung

Änderungen dieses Vertrags sind in schriftlicher Form vorzunehmen und bedürfen der Zustimmung aller beteiligten Gemeinden.

⁶ hauptsächlich: Personalreglement (sRS 191.1) und Reglement zum Vollzug des Personalreglements (sRS 191.11).

11. Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt für jede beteiligte Gemeinde mit deren rechtskräftiger Zustimmung in Kraft und wird vorbehaltlich von Art. 9 auf unbestimmte Dauer abgeschlossen.

Er ist dem zuständigen kantonalen Departement zur Kenntnis zu bringen, ebenso jede Änderung des Vertrags.

Für jede beteiligte Gemeinde: Ort, Datum, Unterschriften, Stempel